

Bevölkerung muss sich bemerkbar machen

Vorveranstaltung zur Großdemonstration am 12. Mai in Rüdesheim

Lorchhausen. (rf) – Wolfgang Schneider von der Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn e.V. hat in Lorchhausen vor ca. 75 Personen in seinem Vortrag für eine besonders rege Beteiligung an der Demonstration am 12. Mai in Rüdesheim geworben. Die Bevölkerung müsse sich laut und unmissverständlich bemerkbar machen, da sie sonst in Berlin nicht gehört werde. Rüdesheim müsse aus allen Nähten platzen, sagte Schneider.

Klar sei indessen: „Die Bahn arbeitet mit Hochdruck daran, dass der Güterzugverkehr im Rheingau und im Mittelrheintal um ca. 30 Prozent ausgeweitet werden kann. Der Ausbau des elektronischen Stellwerks ist ein sicheres Indiz dafür. Zugabstände von weniger als vier Minuten sind das Ziel“, so Schneider. Die Menschen im Rheingau und im Mittelrheintal dürften sich nicht von der augenblicklichen Ruhe auf der Schiene täuschen lassen. Dies sei nur „die Ruhe vor dem Sturm“. Heute schon rumpelten nachts rechtsrheinisch bis zu 120 Güterzüge, teilweise mit äußerst giftigen und gefährlichen Ladungen, durch die romantischen Weinorte. Lärmpegel von zum Teil mehr als 108 Dezibel seien keine Seltenheit. Spätestens ab 2016/2017, nach der Öffnung des Sankt Gotthardbasistunnels, würden es erheblich mehr sein, warnt die Bürgerinitiative. Sie weist die Bevölkerung seit Jahren auf die kommende Güterzuglawine



Unterstützt von Bürgermeister Jürgen Helbing informierte Wolfgang Schneider (l.) von der Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn e.V. im Dorfgemeinschaftshaus Lorchhausen zum Bahnlärm und der Großdemonstration in Rüdesheim.

hin. Niemand könne also sagen, er habe das nicht gewusst. Es werde Zeit, dass die Leute aufwachen, bevor sie vor vollendeten Tatsachen stehen. Die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz hatten eine Lärmstudie in Auftrag gegeben und sie am 27. Februar 2012 in Bingen veröffentlicht. Der Studie zu Folge ist eine weit größere Anzahl von Menschen im Rheingau und am Mittelrhein vom Bahnlärm betroffen, als von Bund und Bahn zugegeben wird. Die Grenze, ab der Gesundheitsschäden durch Lärm zu befürchten sind, ist um das 250-fache über-

schritten. „Das ist ein Skandal“, so Wolfgang Schneider. Die Forderung der BI nach einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 km/h durch bewohnte Gebiete sei nachvollziehbar und unbedingt erforderlich. Allein die Menge an Gefahrgutwaggons rechtfertige eine solche Maßnahme. Eine weitere Informationsveranstaltung findet am 28. März um 19 Uhr im Domzentrum Geisenheim statt. Die große Demonstration am 12. Mai 2012 in Rüdesheim.